



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoglu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ\* I – Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Referendariat verpflichtende Module zu integrieren, die sich explizit mit der Thematik LSBTIQ\* befassen. Ziel ist, dass jede neue Lehrkraft für Diskriminierung und Mobbing aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität sensibilisiert ist und beidem aktiv entgegenwirken kann. Darüber hinaus soll über weitere Hilfe und Unterstützungsmöglichkeiten aufgeklärt und explizit auf den Umgang mit trans\* und inter\* Schülerinnen und Schülern vorbereitet werden. Diese Module werden gemeinsam mit den einschlägigen Fachstellen erarbeitet und evaluiert.
2. für bereits im Dienst befindliche Lehrkräfte verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen zu implementieren mit den gleichen Zielen wie aus 1.
3. zu gewährleisten, dass auch schulpädagogische Kräfte, die nicht als Lehrkraft tätig sind, entsprechend aus- bzw. weitergebildet werden.
4. über das Staatsministerium für Unterricht und Kultus Aufklärungsangebote, wie beispielsweise Peer-2-Peer-Angebote bekannter Anbieter, organisatorisch und finanziell zu unterstützen sowie den flächendeckenden Aufbau entsprechender Gruppen zu fördern, um der erheblichen Nachfrage gerecht zu werden. Jede Schülerin und jeder Schüler in Bayern soll einmal in der Schullaufbahn die Möglichkeit erhalten, an einem solchen Aufklärungsprojekt teilzunehmen.
5. weitere spezifische Verbesserungsmaßnahmen mit Fachstellen aus dem Bereich Queerberatung und Bildung zu eruiieren und mit den oben genannten Punkten in einen Bayerischen Aktionsplan für Akzeptanz von LSBTIQ\* zu überführen.

### Begründung:

7,4 Prozent der Menschen in Bayern, rund 1 Mio. Bürgerinnen und Bürger, sind einer Studie nach der LSBTIQ\*-Community zugehörig. Sie sind nicht-heterosexuell und/oder nicht cis-geschlechtlich und/oder inter\* bzw. nicht-binär. Bei einer Klassenstärke von 22 Kindern entspricht das 1,6 queeren Kindern. Statistisch betrachtet wird also jede Lehrkraft, jede Schulleitung, jede schulpсихologische Fachkraft mit dem Thema konfrontiert.

Weder in der Lehrkräfteausbildung noch in der Fortbildung von Lehrkräften noch in der psychologischen Ausbildung sind ausführliche Module mit dem Ziel, für die Thematik LSBTIQ\* zu sensibilisieren, Pflicht. Wer sich nicht selbstständig um eine entsprechende Fortbildung bemüht, steht im Zweifelsfall dem Coming-Out von Schülerinnen und Schü-

lern ohne ausreichende Kenntnis gegenüber, weiß nicht, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, trans\* oder inter\* Jugendliche anzusprechen und auf Klassenlisten zu führen, kann queerfeindliches Mobbing nicht umgehend und angemessen beenden oder ihm vorbeugen.

Schulen sind kein Safe Space für queere Kinder und Jugendliche. „Schwule Sau“ und „Schwuchtel“ sind gängige Schimpfwörter, „schwul“ ein degradierendes Adjektiv, die Konfrontation, nicht in klassisches Mann-Frau-Denken zu passen, eine Erniedrigung.

Dieser Situation, die mangels aktiver Anerkennung der Diskriminierung von queeren Menschen entstanden ist, entgegenzuwirken, hat nun höchste Priorität.

Die Sensibilisierung für und Aufklärung über LSBTIQ\* muss frühestmöglich in jeweils angemessener Art und Weise dem Kindesalter entsprechend begonnen werden, um Akzeptanz von und Respekt gegenüber geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu fördern.

Diverse Studien zeigen, dass queere Menschen ein deutlich höheres Risiko besitzen, ernsthafte psychische Erkrankungen zu bekommen sowie eine vier- (homosexuelle und bisexuelle) bis sechsfach (transgeschlechtliche) höhere Wahrscheinlichkeit, einen Suizid zu begehen. Diese Gefahren machen auch vor Schülerinnen und Schülern nicht halt. Dem aktiv und mit aller Entschlossenheit entgegenzuwirken, muss im ureigenen Interesse der Staatsregierung liegen.

Die Implementierung entsprechender Aufklärungs- und Sensibilisierungsmodule für Lehrkräfte und weiteres schulpädagogisches Personal ist den absehbaren Nutzen wert und der gesellschaftlichen Entwicklung angemessen und überfällig.

Anbieter von Peer-2-Peer-Beratung berichten unisono über positives Feedback seitens Klassen sowie Dank seitens der Lehrkräfte. Diese Aufgabe kann nicht allein auf dem Rücken von Ehrenamtlichen lasten. Die Staatsregierung muss hier mit Strukturen, Disposition und finanziellen Mitteln Hilfestellung leisten, um aus einem punktuellen Angebot, das von Lehrkräften aktiv angefordert wurde, ein strukturelles Angebot zu machen. Nur so kann Diskriminierung auf dem Pausenhof sukzessive abgebaut und Akzeptanz aufgebaut werden.